

Herr Vorsitzender, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

der Haushalt ist nicht nur dick und schwer, er ist auch ausgeglichen. Das ist grundsätzlich zu begrüßen, obwohl das erstmal nichts heißt, denn einen Ausgleich bekommt man auch durch Kreditaufnahme hin.

Aber von Anfang an:

Der Haushalt setzt sich zusammen aus Einnahmen und Ausgaben. Um einen vernünftigen Ausgleich zu erreichen, ohne das Kreditaufnahmen erforderlich sind, versucht man, die Einnahmen zu erhöhen und die Ausgaben zu senken. Ganz einfach. Ganz einfach dann, wenn man selber entscheiden kann, wie hoch Einnahmen und Ausgaben sein sollen. Dies ist aber nicht der Fall, denn es gibt viele Faktoren, die Einfluss auf die jeweilige Haushaltslage nehmen.

Komme ich zu den Einnahmen:

Gegenüber dem Haushalt 2004 brechen uns die Einnahmen teilweise erheblich weg.

Dies geschieht in erster Linie bei den Schlüsselzuweisungen des Landes.

Noch 10 Tage vor der Landtagswahl – genau am 23.01.2003 - hatte der damalige Oppositionssprecher und jetzige Innenminister Uwe Schöneemann unter „lebhaftem Beifall der CDU“ (laut Protokollauszug) die Messlatte für die Kommunalfreundlichkeit einer künftigen CDU-Regierung bekannt gegeben.

„Kommunalpolitik ist uns eine Herzensangelegenheit. Deshalb werden wir die kommunale Selbstverwaltung auf jeden Fall retten.“ Viele haben scheinbar geglaubt, dass ein künftiger Ministerpräsident Wulff zuerst 500 Mio. DM, dann sogar 500 Mio Euro für die Kommunen problemlos aus dem Landeshaushalt herausschneiden kann.

Gleichzeitig gab man die Parole aus, den kommunalen Spitzenverbände müsste ein Vetorecht eingeräumt werden. Das Konnexitätsprinzip („Wer die Musik bestellt, der bezahlt sie auch“) sollte noch vor den Sommerferien 2003 beschlossen werden. „Darauf können Sie sich verlassen, meine Damen und Herren“, so Herr Schünemann. „Wir müssen ein langfristiges Entschuldungsprogramm aufstellen. Es geht nicht anders. Wir müssen bei den Bedarfszuweisungen etwas drauflegen; denn sonst haben die Kommunalpolitiker vor Ort überhaupt keine Möglichkeit, die kommunale Selbstverwaltung umzusetzen.“

Dies, meine Damen und Herren, waren Zitate, die den Landtagsprotokollen zu entnehmen sind. Und was ist daraus geworden? Das frage ich Sie von der CDU.

Ich will Ihnen die Antwort gleich geben. Gar nichts ist daraus geworden. Im Gegenteil: das Land wird bei den Schlüsselzuweisungen für 2005 eine Mittelkürzung von 150.000 Mio Euro vornehmen. Bis 2008 wird die jährliche Kürzung auf 171 Mio Euro steigen.

Die Auswirkungen auf Rastede: wir verlieren im nächsten Jahr 1,2 Mio Euro. Nichts ist mit den Versprechungen von vor der Wahl.

Übrigens: nicht nur die SPD Rastede bemängelt dies, nein, auch die kommunalen Spitzenverbände haben hiergegen opponiert. (Gemeinsa

me Presseerklärung des Nds. Städtetages und den Nds. Städte- und Gemeindebundes vom 02.07.2004).

Nun werden Sie mir vorhalten, dafür sei die Gewerbesteuer angestiegen. Richtig, und die Verwaltung hat in ihrer Vorlage zurecht darauf hingewiesen, dass die Gewerbesteuer konjunkturellen Schwankungen unterliegt. Und wenn die denn steigt, zeigt es, dass die Konjunktur angesprungen ist. Hat etwa die von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und FDP, viel gescholtene Bundesregierung mit ihren Konjunkturprogrammen doch gar nicht so falsch gelegen? Egal, gut ist es einfach, dass durch die Gewerbesteuereinnahme eine gewisse Kompensation erfolgt. Und gut, das wir die noch haben, die Gewerbesteuer. Ich möchte nämlich nochmals auf einen Gesetz-Entwurf der FDP vom 14.01.2004 zur Einführung einer neuen Einkommensteuer und zur Abschaffung der Gewerbesteuer hinweisen. Da steht im Artikel 2 einfach nur: die Gewerbesteuer wird abgeschafft. Übrigens, auch die CDU-Mittelstandsvereinigung MIT hat auf dem in der vorletzten Woche stattgefundenen Bundesparteitag der CDU einen entsprechenden Antrag (A 2) gestellt. Die Antragskommission empfahl Weiterleitung an die CDU Bundestagsfraktion. Mal sehen, was daraus noch erwächst.

Wenn wir nun neben den nicht eingehaltenen Versprechungen der CDU auch noch die Abschaffung der Gewerbesteuer in den Magen gedrückt bekommen, dann Gnade uns Gott. Aber zum Glück ist es ja noch nicht so weit. Und der geneigte Wähler hat ja auch noch ein Wörtchen mitzureden.

Einen Einnahmetitel habe ich noch, den ich erwähnen möchte: den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Er ist geringfügig gesunken, macht jedoch mit 3,9 Mio. Euro noch immer den größten Einnahmepos

ten aus. Dies zeigt, dass u. a. eine vernünftige Einwohnerentwicklung in der Gemeinde einen nicht unerheblichen Anteil am Haushaltsausgleich ausmacht.

Nun will ich nicht wieder die alten Kamellen bezüglich der Baulandsuche breit treten, auch wenn CDU und FDP erst nach langem Hin und Her dem gemeinsamen Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der UWG entsprachen und mit dem Göhlen ebenso wie wir ein hervorragendes Bauareal erkannten. Aber man sieht einfach, dass wir viel zu lange gebraucht haben, Bauland auszuweisen. Denn es bauen in der Regel nur Leute, die Einkommen erzielen und die auch Steuern dafür zahlen. Und je mehr Leute Einkommensteuer zahlen, desto mehr erhält davon die Gemeinde. Aus diesem Grunde ist es auch richtig, dass wir unsere Grundstücke nicht nur an Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde vergeben sondern auch welche für Auswärtige vorhalten. Deshalb war es vernünftig, unsere Vergaberegeln – wie eben geschehen – zu ändern – mir persönlich schon lange ein Anliegen. Ich warne aber davor, dass wir nur noch als Maklerbüro fungieren. Es gibt auch viele weitere Aufgaben, die die Gemeinde meistern muss.

Meine Damen und Herren,

dies waren bisher ausschließlich Äußerungen zu den Einnahmen. Und sie sehen, wir als Kommunalpolitikerinnen und -politiker haben es nur bedingt in der Hand, darauf einzuwirken. Wir haben es aber in der Hand, mit den vorhandenen Geldern vernünftig umzugehen.

Und deshalb, meine Damen und Herren, unterstützt die SPD-Fraktion nachhaltig das im vergangenen Jahre beschlossene Haushaltskonsolidierungskonzept. Es hat erste Früchte getragen, denn sonst hätten wir unseren Haushalt nicht so aufstellen können, wie er uns heute vorliegt.

Aber:

Unser Haushalt darf kein Haushalt sein, in dem alle essen möchten, aber keiner das Geschirr spülen will.

Das heißt nichts anderes, als dass wir auch zukünftig aufpassen müssen bei unseren Ausgaben. Nun ist ja bald Weihnachten und die Menschen haben naturgemäß viele Wünsche. Aber alle Wünsche lassen sich eben nicht sofort erfüllen. Soviel kann der Weihnachtsmann gar nicht tragen. Und deshalb muss man bei seinem Wunschzettel genau sehen, was sinnvoll, zukunftsorientiert und machbar ist. Man muss Prioritäten setzen.

Dabei muss man auch in der öffentlichen Diskussion darauf achten, dass man nicht Äpfel mit Birnen vergleicht, dass man nicht den einen gegen den anderen ausspielt. Vieles, wenn nicht alles, was wir in den Haushalt 2005 eingestellt haben, hat seine Berechtigung, ist unabweisbar, lässt sich zumindest begründen.

Auch der whirlpool? Er kostet nach ersten Schätzungen 270.000,- Euro. Für ein kleines Becken und 2 Liegen – so war es den ersten Plänen zu entnehmen – u. E. einfach zuviel Geld. Wir werden zwar der Summe zustimmen, wollen aber über die Zweckbestimmung nochmals reden. Für 270.000,- Euro muss es mehr geben als nur eine bessere Badewanne.

Auffallend ist auch die Sanierung der Glasbausteinfassade in der Sporthalle Grundschule Kleibrok für 130.000,- Euro. Hier wird man alle Alternativen ansehen müssen. Eine Kosten- /Nutzenanalyse ist dabei unabdingbar.

Unabhängig davon haben wir als SPD-Fraktion unsere Vorstellungen in die vielen Fachausschusssitzungen eingebracht. Wir haben den Haushalt intensiv mit gestaltet. Wir würden unsere Prioritäten teilweise anders setzen, wissen aber, dass wir (noch) nicht die parlamentarische Mehrheit im Rat haben. Nun liegt das Werk vor uns. Und wir werden ihm zustimmen.

Trotz allem gewähren Sie mir einen kurzen Ausblick in die Zukunft.

Für uns ist die Bildung eines der wichtigsten Themen. Bildung ist die einzige größere Ressource, die Deutschland besitzt. Und wir sollten unseren Kindern alle Möglichkeiten geben, diese zunutzen. Ich möchte hier nicht auf die - gelinde gesagt - ungewöhnliche Bildungspolitik der neuen Landesregierung eingehen, die sich u. E. mit den Erfahrungen aus den PISA-Gutachten überhaupt nicht verträgt. Als Kommunalparlamentarier können wir hier ohnehin nur bedingt Änderungen erreichen. Wir können aber die sog. Hardware für die Bildung unserer Kinder beeinflussen. Es bedarf einer vernünftigen Betreuung im vorschulischen Alter und einer exzellenten Schulausbildung. Aus diesem Grunde ist es für uns nicht verhandelbar, in diesen Bereichen eventuelle Abstriche hinzunehmen. Wir haben gerade im Schulausschuss die offene Ganztagschule propagiert. Wir haben die hervorragenden Raumkonzepte auf den Weg gebracht. Wir wollen hoffen, dass dem noch in diesem Jahr zu stellende Antrag entsprochen wird und das Land die hierfür vorgesehenen Bundesmittel zur Verfügung stellt.

Gleichzeitig wollen wir auch, dass neben der KGS auch alle anderen Schulen in der Gemeinde vernünftig ausgestattet werden und baulich instand gehalten werden. Wir wissen sehr wohl, dass wir dies in der Ver

gangenheit gemeinsam immer gut bewältigt haben. Wir wissen aber auch, dass noch einiges ins Haus steht. Und ich weise schon jetzt darauf hin, dass die SPD genau darauf achten wird, was mit der Grundschule Feldbreite passiert. Hier sind erst einmal 30.000 Euro für Schallschutz- und Isolierungsmaßnahmen eingeplant. Sollte es sich ergeben, dass weitere Mittel dringend benötigt werden, dann wird man über einen Nachtrag im nächsten Jahr nachdenken müssen.

Einen weiteren Schwerpunkt möchte ich noch darstellen.

Eine Weltstadt ist der Titel, den sich eine Großstadt zulegt, wenn ihre Verkehrseinrichtungen nicht mehr ausreichen.

Wenn das so ist, dann ist Rastede bald eine Weltgemeinde. Ein Residenzort zumindest sieht anders aus. Unser gemeindliches Verkehrsgutachten belegt die Häufigkeit des täglichen Ziel- und Quellverkehrs sowie des Durchgangsverkehrs. Dabei ist es mir vollkommen egal, wie sich der Verkehr schimpft. Er findet auf jeden Fall statt. Nehmen wir nur die Raiffeisenstraße – über die Oldenburger Straße will ich heute nicht sprechen. Nach dem Gutachten führen hier bereits im Jahre 2000 täglich 12.200 Fahrzeuge. Die Prognose für 2015 beläuft sich auf 14.350 Fahrzeuge. Vergleichen Sie dies mit der B 211 in Loy. Dort führen in 2000 täglich 10.650 Kfz und 2015 werden es 13.150 sein. In Loy fordern wir eine Umgehung – zu Recht. Im Ort Rastede nicht? Jeder von uns weiß, dass die Situation in der Raiffeisenstraße unhaltbar ist. Der Jade-Weser-Port wird durch die erhöhten Schließzeiten der Bahnübergänge noch weitere Schwierigkeiten mit sich bringen. Deshalb ist es an der Zeit, endlich Nägel mit Köpfen zu machen und nicht nur über eine Ortsumgehung nachzudenken, nein, sie auch planerisch anzugehen und das heißt, auch Gelder einzuplanen.

Wir wissen sehr wohl, dass im Haushalt 2005 hierfür keine Summe enthalten ist. Dies ist vorerst aber hinnehmbar. Eine solche Planung dauert ohnehin ihre Zeit. Aber als Anlage zum Haushalt überreichte uns die Verwaltung das Investitionsprogramm 2004 bis 2008. In diesem sind entsprechende Planungskosten ebenfalls nicht enthalten. Eine Aufnahme solcher Überlegungen in die mittelfristige Finanzplanung muss aber alsbald angedacht werden. Es ist dringend geboten, hier tätig zu werden.

Wir schlagen von hier aus vor, eine neue Trasse längs der Autobahn zu führen und dann nach einigen hundert Metern Richtung Wilhelmshaver StraÙe abzuknicken.

Hier nur einige Vorteile, die die neue Strecke mit sich bringen würde:

1. Durch die Trasse längs der Autobahn werden bereits vorhandene Anlieger nicht zusätzlich beeinträchtigt.
2. Der tägliche Durchgangsverkehr wird sich auf der Raiffeisenstraße vermindern.
3. Der Schwerverkehr und die Gefahrguttransporte werden von der Raiffeisenstraße genommen. Gleiches gilt für die Wiefelsteder Straße in Hahn.
4. Die Bahn kann weitläufig über- oder unterquert werden.
5. Das Industriegebiet Liethe lässt sich besser erschließen.
6. Wer in die Wohngebiete will, kann dies in Hostemost auch von der Umgehungsstraße aus.

Meine Damen und Herren,



dies waren nur einige kurze Gedanken, über unsere gemeindliche Zukunft. Eine Zukunft für unseren Ort, die wir gerne gemeinsam mit ihnen gestalten, denn keiner weiß soviel, wie wir alle zusammen.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt 2005 zu.